

NIEDERSCHRIFT

Über den Verlauf der **Gemeinderatssitzung** vom 24. 11. 2011

Beginn: 20:00 Uhr

Ende: 22:05 Uhr

Anwesende Mandatare:

1. BGM Franz Gallop
2. VBGM Gerhard Wallner
3. GV Armin Mangweth
4. GV Ingo Riml
5. GV Hermann Schweigl
6. GR Rene Furruther
7. GR Ing. Franz Grießer
8. GR Hermann Klöter
9. GR Bernhard Paßler
10. GR Andreas Schaber
11. GR Ing. Werner Schreter
12. GRⁱⁿ Eveline Wille-Oberleiter

Entschuldigt waren:

GR Franz Lechleitner

Nicht entschuldigt waren:

Bgm. Gallop eröffnet um 20:00 Uhr die Gemeinderatssitzung und begrüßt alle Anwesenden, insbesondere eine Zuhörerin und vier Zuhörer. Anschließend stellt er die Beschlussfähigkeit fest und wendet sich dann gleich der Tagesordnung zu.

Punkt 1: Berichte des Bürgermeisters

a) Bgm. Gallop berichtet, bereits vor mehr als zwei Jahren wurde die Situation zur Verkehrssicherheit in der Gemeinde erhoben, darüber liege jetzt ein Bericht vor. Er nehme an, dass alle Mandatare den Bericht zugeschickt bekommen haben.

Da dies nicht der Fall ist, erklärt Bgm. Gallop, er werde veranlassen, dass allen das Ergebnis der Verkehrssicherheitsinspektion gemailt werde. Dann könne sich jeder dazu Gedanken machen und in einer der nächsten Gemeinderatssitzungen könne darüber diskutiert werden.

b) Bgm. Gallop berichtet, die Gemeinde habe beim Land um die Übernahme des Kostenanteiles der Gemeinde für die Lärmschutzwand an der ÖBB-Strecke angesucht und die Zusage auf eine Bedarfszuweisung von € 160.000,00 erhalten, die in zwei Raten ausbezahlt werde.

c) Bgm. Gallop erklärt, er habe schon in der letzten Gemeinderatssitzung darüber berichtet, dass es wegen einiger fix aufgestellter Ferienhäuser auf dem Campingplatz eine Anzeige gegeben habe. Jetzt seien die genehmigungspflichtigen Häuser aufgenommen worden, und die Bezirkshauptmannschaft habe Bruno Zoller die Auflage erteilt, bis zum 31. 07. 2012 die strittigen Häuser zu entfernen. Eine mögliche Lösung für das Problem und damit eine Legalisierung der Häuser wäre eine Änderung der bestehenden Widmung auf *Campingplatz mit Ferienhäusern*. Diese Widmung wäre dann Sache des Gemeinderates. Die Frage sei allerdings, ob der Gemeinderat das wolle. Zoller zeige sich einsichtig und habe bereits einen Termin mit Frau Hoffmann von der Bezirkshauptmannschaft. Nach der geltenden Rechtslage sei es so, dass jeder einzelne Inhaber um eine Genehmigung für sein Ferienhaus ansuchen müsse, was natürlich mit sehr viel Aufwand verbunden sei. Die Gemeinde sei davon berührt, wenn die Umwidmung gemacht werde und als Baubehörde. Dann müsse auch ein Bausachverständiger beigezogen werden.

GV Mangweth fragt, wer die Kosten für den Bausachverständigen zu tragen habe.

Bgm. Gallop antwortet, wenn es zu einer Bauverhandlung komme, werde ein Bausachverständiger bestellt; die Kosten dafür würden umgelegt.

d) Bgm. Gallop berichtet, in der Schule müsse der Fluchtweg repariert werden, die Kosten dafür würden ca. € 5.000,00 ausmachen. Die Gemeinde habe aber nur mehr einen Haftrücklass der Firma MAST von ca. € 3.000,00 zur Verfügung. Allerdings habe die Schulmöbelfirma Conen wegen einer fehlerhaften Schlussrechnung € 11.000,00 rücküberwiesen, die fehlerhaften Schulmöbel würden ausgetauscht.

GV Schweigl wirft ein, man dürfe auch die Böden nicht vergessen.

GV Mangweth erinnert, dass auch die Turnsaalwand noch besser entfeuchtet werden müsse.

e) Bgm. Gallop berichtet, in Stams werde ein Kinderhort für Volks- und Hauptschüler angeboten. Leider habe dieser aber einen Abgang von ca. € 6.000,00 zu verzeichnen. An sich sollte die Kinderbetreuung kostendeckend sein, darum müsse ein gemeindeübergreifender Vertrag gemacht werden. Im Planungsverband Inntal-Mieminger Plateau sei die Kinderbetreuung schon öfters angesprochen worden. Der Kindergartenbetreiber sei jetzt eigentlich ein Verein, und die Gemeinde bezahle auch Miete für die Räumlichkeiten.

f) Bgm. Gallop berichtet, im Regioverein sei kürzlich über Energiefragen und Energie-Einsparungsmöglichkeiten diskutiert worden. Demnächst werde es ein Gespräch geben mit dem Vertreter einer Güssinger Firma wegen eines gemeinsamen Projektes, in dessen Rahmen auch die Haushalte der Gemeinde bezüglich Einsparung von Energie durchgecheckt würden. Über Regio würden ca. 80 % der Kosten dieses Projektes gefördert. Die Gemeinde prüfe derzeit auch die Möglichkeit für die Nutzung von Fotovoltaik im Bereich des Bauhofes und des Abwasserverbandes.

g) Bgm. Gallop berichtet, die TIWAG habe bisher als Wertschöpfungsbeteiligung am Kraftwerk Sellrain-Silz an die betroffenen Gemeinden € 2 Millionen ausbezahlt. Im nächsten Jahr würden für diesen Zweck 50 % mehr ausgeschüttet. Wie viel davon die Gemeinde Stams bekomme, stehe noch nicht fest. Er hoffe, dass die Gemeinde besser aussteige als bisher.

h) Bgm. Gallop berichtet, in der letzten Gemeinderatssitzung habe GV Mangweth die Kompostierung auf dem Feld von Dr. Speckbacher angeschnitten. Auf seine – Gallops – Anfrage hin habe ihm Dr. Speckbacher eine schriftliche Genehmigung vorgelegt, dass das Ergebnis der Kompostierung auch von Biobauern als Dünger verwendet werden dürfe. Eine Genehmigung der Kompostierung durch die Bezirkshauptmannschaft sei das aber nicht. Inzwischen sei auch die Bezirkshauptmannschaft mit dem Problem befasst, und Frau Hoffmann werde sich die Kompostierung anschauen. Wenn er Näheres erfahre, werde er weiter zu dieser Angelegenheit berichten. Dr. Speckbacher habe in dem Zusammenhang betont, dass die Grenze zwischen seinem Grund und der Gemeinestraße genau an der Asphaltgrenze verlaufe, und habe sich auch beschwert, dass immer wieder Autos in seinen Grund hineinfahren würden.

GR Schaber ist der Meinung, eigentlich müsste eine Deponiegenehmigung vorliegen.

GV Mangweth bemerkt, die Deponie stelle eine Geruchsbelästigung dar. Wenn eine entsprechende Genehmigung von der Bezirkshauptmannschaft vorliege, müsse man das aber tolerieren.

i) Bgm. Gallop berichtet, Gemeindevorarbeiter Rudolf Mader habe darauf hingewiesen, dass es eventuell mit dem Gemeinetraktor auf Grund des Alters und der bereits vielen Betriebsstunden in nächster Zeit Probleme geben könnte. Darauf seien in der Gemeindeverwaltung Überlegungen angestellt worden, ob es nicht klüger wäre, vielleicht einen etwas kleineren, gebrauchten Traktor als Entlastung zu kaufen, damit man den großen Traktor doch noch einige Jahre verwenden könne. Nach Aussage der Gemeindegänger wäre ein zweiter Traktor eine Erleichterung. Inzwischen habe er sich erkundigt, ein kleinerer, gebrauchter Traktor würde etwa € 40.000,00 bis € 50.000,00 kosten. Wenn es machbar sei, sei er für den Ankauf eines zweiten Traktors.

GV Schweigl fragt, ob die Belastung für den Gemeinetraktor wirklich so groß sei.

Bgm. Gallop antwortet, immerhin werde der Traktor jeden Tag verwendet und habe die ganze Schneeräumung zu bewältigen.

GR Ing. Schreter möchte wissen, ob sich die Gemeinde schon einmal interessiert habe, ob eventuell ein Bauer mit seinem Traktor die Schneeräumung übernehmen würde.

Bgm. Gallop entgegnet, ein Bauer habe meist nicht das entsprechende Gerät.

GV Mangweth ist der Meinung, die Fa. Reindl habe Erfahrung mit der Schneeräumung und sei im Ort ansässig.

GV Schweigl wirft ein, in Stams habe schon einmal ein Bauer die Schneeräumung übernommen gehabt.

Vbgm. Wallner meint, man könne den kleinen Traktor während des ganzen Jahres nutzen und den großen stehen lassen.

GV Mangweth hält dem entgegen, dann müsse man sich schon fragen, ob man wirklich einen großen Traktor brauche.

Darauf erklärt Bgm. Gallop abschließend, in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses werde er dieses Thema zur Sprache bringen.

j) Bgm. Gallop verweist auf die in nächster Zeit in der Gemeinde anstehenden Termine, besonders auf den Neujahrsempfang am Sonntag, dem 01. 01. 2012, um 10:00 Uhr im Stift, zu dem alle Mandatäre eingeladen seien.

Beschluss: Die Berichte des Bürgermeisters werden vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

Punkt 2: Berichte der Ausschüsse

a) Bauausschuss

Obmann GR Ing. Schreter erklärt, über die wichtigsten Themen, die im Bauausschuss besprochen worden seien, habe Bgm. Gallop bereits in der letzten Gemeinderatsitzung berichtet. Darum wolle er heute nur über den derzeitigen Stand der Dinge informieren.

Für den Parkplatz bei der Hängebrücke – so GR Ing. Schreter in seinem Bericht – seien die Förderungen zugesagt. Darum würden jetzt einmal Arbeiten angegangen, für welche die Fördermittel reichen würden. Der geplante Infoplatz werde aufgeschoben. Im Winter würden Detailkosten erhoben, dann gebe es eventuell günstigere Preise. Für die Gestaltung des Kirchplatzes werde einmal erhoben, was die Gemeinde hier wirklich brauche. Deshalb seien die Arbeiten vorläufig verschoben worden.

In der letzten Gemeinderatssitzung – fährt GR Ing. Schreter fort – habe GV Mangweth auch die Parksituation vor der Speckbachervilla angesprochen. Da gehe es um die Frage, welche Lösung die Gemeinde wolle.

GV Mangweth bemerkt, es werde auch der ganze ehemalige Platz von Mader, Venier und Penz immer stärker verparkt. Regeln lasse sich dieses Problem nur über Kurzparkzonen mit gewissen Ausnahmen.

VbGm. Wallner wendet ein, man könnte ja auch die Parkmöglichkeit im Schanzenbereich nutzen.

GV Mangweth entgegnet, dieser Platz werde sicher nicht angenommen. Er sehe auch nicht ein, dass die meisten Parkplätze im Bereich der Volks- und Neuen Mittelschule eigentlich von Studenten belegt würden. Es könnten ja einige bestimmte Plätze für Lehrer reserviert bleiben.

GR Ing. Schreter erklärt dazu, er werde dieses Thema im Bauausschuss zur Sprache bringen.

Bgm. Gallop erklärt abschließend, obwohl der Bauausschuss der Meinung gewesen sei, das Projekt Kirchplatz zurückzustellen, habe er wegen der zugesagten Fördermittel beide Projekte eingereicht.

GV Schweigl hält es für wichtig, dass auch der Gemeinderat die Pläne zu sehen bekommt, bevor die Ausschreibung erfolge.

Bgm. Gallop bemerkt dazu, die Pläne würden im Bauausschuss besprochen und dann dem Gemeinderat vorgelegt. Wegen der Projektförderung müsse alles genau aufgeschlüsselt werden, und es müssten drei Angebote vorliegen. Für die Umsetzung habe die Gemeinde zwei Jahre Zeit.

b) Überprüfungsausschuss

Obmann GV Schweigl erklärt, der Überprüfungsausschuss habe die Gemeindekasse bereits am 29. 09. 2011 überprüft. Dabei hätten die Kassenbestandsaufnahme und die Prüfung der Buchungen und Belege sowie die Prüfung der sonstigen Kassenführung keinerlei Beanstandungen ergeben. Es werde heuer dann noch einen Termin für den Überprüfungsausschuss geben.

Speziell aufgefallen seien dem Überprüfungsausschuss folgende drei Punkte:

- 1. Dem Überprüfungsausschuss sei unverständlich, warum der Beitrag für das laufende Jahr für die Musikschule Mittleres Oberinntal bereits bis 15. 03. 2011 in voller Höhe überwiesen worden sei.*

Bgm. Gallop erklärt dazu, es gebe jedes Jahr das gleiche Problem, dass das Konto der Musikschule Mittleres Oberinntal im Minus sei. Darum sei die Musikschule mit der Bitte an die Gemeinden herantreten, dass die Gemeindebeiträge bereits am Anfang des Jahres überwiesen würden. Wenn das heurige Jahr vorbei sei, weise das Musikschulkonto ein Minus von ca. € 120.000,00 auf. Geplant sei jetzt, dass die Musikschule Mittleres Oberinntal Landesmusikschule wird. Die Gemeinden würden

schauen, dass das Minus vom Land abgedeckt werde. Wenn er Genaueres wisse, werde er das Thema wieder zur Sprache bringen.

GV Mangweth bemerkt, er habe kürzlich mit Bürgermeister Härting von Telfs über das Thema Musikschule geredet. Dieser habe ihm gesagt, dass er ursprünglich auch ein Verfechter einer Landesmusikschule gewesen sei, nach einem Gespräch mit LRin Palfrader aber zur Überzeugung gekommen sei, dass die Kosten für eine Landesmusikschule auch nicht niedriger wären.

2. *Wenn das Konto des laufenden Haushaltes im Haben sei, sollten die Zinsen für das zusätzliche Darlehen für den Schulbau aus dem laufenden Haushalt bezahlt werden, um zusätzliche Zinsen zu vermeiden.*

Dazu bemerkt Bgm. Gallop, das sei auch immer seine Absicht gewesen. Derzeit sei aber die finanzielle Situation der Gemeinde nicht so schlecht, vermutlich könne das Rechnungsjahr sogar mit einem Plus abgeschlossen werden.

GV Mangweth meint, es sollten einfach nicht größere Beträge auf dem Girokonto liegen und kleinere auf dem Sparbuch.

3. *Für die Vermarktung des ehemaligen Postlokals seien an die Fa. Rück Immobilien € 1.260,00 ausbezahlt und zusätzlich eine Vermittlungsprovision von 3 Brutto-Monatsmieten (excl. MwSt) vereinbart worden. Dieser Betrag sei dem Überprüfungsausschuss relativ hoch vorgekommen und außerdem weder im Voranschlag enthalten noch im Gemeinderat besprochen worden.*

Bgm. Gallop erklärt dazu, es sei im Gemeinderat ja besprochen worden, dass die Vermietung des ehemaligen Postlokals professionell betrieben werden soll. Dann sei auch mit entsprechenden Kosten zu rechnen. Der Fa. Rück seien ja auch Kosten durch die geschalteten Inserate entstanden. Vermutlich komme in das Lokal eine Physiotherapiepraxis.

Beschluss: Die Berichte des Bau- und des Überprüfungsausschusses werden vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen

Punkt 3: Installationsbetrieb Mair; Stellungnahme zum gewerberechtlichen Verfahren

Bgm. Gallop erklärt, die Gemeinde sei von der Bezirkshauptmannschaft gebeten worden, noch einmal eine Stellungnahme zum Betriebsanlagengenehmigungsverfahren der Fa. Installationen Mair abzugeben. Inzwischen seien alle Auflagen festgelegt worden, die Nachbarn seien letztlich auch zufrieden gewesen.

Vbgm. Wallner wirft ein, so sei z. B. festgelegt, dass Anlieferungen erst ab 09:30 erfolgen dürfen.

GV Mangweth wendet ein, die Realität werde aber anders ausschauen.

Beschluss: Der Gemeinderat beschließt mit 9 Ja-, 2 Nein-Stimmen (GV Mangweth, GV Schweigl) und 1 Stimmenthaltung (GR Paßler), zum Betriebsanlagengenehmigungsverfahren der Firma Installationen Mair unter Hinweis auf die Bestimmungen des § 355 Gewerbeordnung 1994 eine positive Stellungnahme abzugeben.

Punkt 4: Festsetzung der Gebühren und Abgaben für das Jahr 2012

Bgm. Gallop erklärt, bei den Gebühren und Abgaben für das Jahr 2012 seien außer der vom Land geforderten Erhöhung der Kanalanschlussgebühr von derzeit € 4,92/m³ auf € 5,10/m³ umbauten Raum keine weiteren Anhebungen notwendig.

GV Schweigl fragt, ob sich die Kanalgebühr nicht über die vorgeschriebenen Gebühren decken sollte, sodass die Kanalanschlussgebühren in diesen Posten nicht eingerechnet werden müssten.

Bgm. Gallop antwortet, die Kanalanschlussgebühren seien in die Kalkulation eingerechnet. Die Gemeinde erhalte aber jährlich eine Bedarfszuweisung vom Land zum Kanalhaushalt, der wegfallt, wenn nicht die Mindestgebühr eingehoben werde.

Beschluss: Der Gemeinderat beschließt einstimmig, die Kanalanschlussgebühr ab 01. 01. 2012 auf € 5,10/m³ umbauten Raum (incl. MwSt) zu erhöhen und die übrigen Gebühren und Abgaben 2012 in gleicher Höhe einzuheben wie im Jahr 2011 (siehe Aufstellung).

Punkt 5: Diskussion und Beschlussfassung des Förderkatalogs der Gemeinde Stams

Bgm. Gallop erklärt, Förderungen und Vergünstigungen durch die Gemeinde seien in der Vergangenheit zu verschiedenen Gelegenheiten beschlossen worden. Jetzt seien die Gemeindeförderungen in einem eigenen Katalog zusammengefasst und im Finanzausschuss ausführlich diskutiert worden. Die Hauptänderung betreffe die Neuregelung für Gemeindegewinnzuschüsse bei Neubau und Sanierung von Häusern und Wohnungen. Die Gemeinde – fährt Bgm. Gallop fort – habe den Förderkatalog auch dem Land vorgelegt und sei für diese Neuregelung der Förderungen ausdrücklich gelobt worden.

Anschließend geht Bgm. Gallop mit dem Gemeinderat den Förderkatalog, den auch jeder Mandatar in einer Kopie vorliegen hat, in groben Zügen durch.

Beschluss: Der Gemeinderat beschließt einstimmig den Förderkatalog der Gemeinde Stams in der vorliegenden Fassung. Der Förderkatalog tritt mit 01. 01. 2012 in Kraft.

Punkt 6: Modernisierung der Straßenbeleuchtung

Bgm. Gallop berichtet, wie jeder wisse, habe Hannes Kirchmair in der Gemeinde einen Straßenbeleuchtungsscheck durchgeführt. Inzwischen seien zu diesem Thema auch mehrere Gespräche geführt worden. Wenn die Gemeinde die Straßenbeleuchtung modernisieren und dafür auch die vom Land vorgesehenen Förderungen bekommen wolle, müsse bis Ende März 2012 ein entsprechendes Ansuchen vorgelegt werden.

Durch die Modernisierung ließen sich bis ca. 50 % der Stromkosten einsparen, allerdings dürfe man auch die hohen Investitionskosten nicht vergessen. Fürs Erste schlage er vor, dass sich jeder Mandatar aus den in den Unterlagen für die heutige Sitzung kopierten Lampenmodellen 4 Modelle aussuche und ihm die getroffene Auswahl maile. Dann könnten die am häufigsten gewählten Modelle zusammengestellt und bemustert werden. Wenn dann die endgültige Auswahl getroffen sei, würde die Ausschreibung erfolgen. Als Beleuchtungskörper schlage er LED-Lampen vor.

GV Schweigl ist der Meinung, das wichtigste Argument, ob die Straßenbeleuchtung überhaupt modernisiert werde, sei doch wohl die finanzielle Situation.

Bgm. Gallop entgegnet, im Endeffekt würden sich die Kosten rechnen. Im Gemeindebereich stünden viele alte Lampen, die einen hohen Energieverbrauch hätten. Bei der heutigen Beschlussfassung gehe es nur um die grundsätzliche Zustimmung zur Modernisierung der Straßenbeleuchtung, der eigentliche Beschluss sei dann zu fassen, wenn die konkrete Entscheidung anstehe.

GR Ing. Schreter bemerkt, die Modernisierung der Straßenbeleuchtung sei notwendig. Der Gemeinderat könne im Prinzip nur entscheiden, welche Leuchtmittel genommen würden.

Beschluss: Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Modernisierung der Straßenbeleuchtung. Grundlage dafür sind der Straßenbeleuchtungsscheck von Hannes Kirchmair und die Förderrichtlinie des Landes.

Punkt 7: Freiw. Feuerwehr Stams; Ankauf eines Tanklöschfahrzeuges

Bgm. Gallop berichtet, die Freiw. Feuerwehr Stams habe einen Antrag auf Ankauf eines Tanklöschfahrzeuges eingebracht, weil das derzeitige Fahrzeug bereits 28 Jahre alt und technisch in keinem guten Zustand sei. Da die Vorarbeiten für den Ankauf längere Zeit in Anspruch nähmen, habe die Freiw. Feuerwehr gebeten, dass der Gemeinderat vorerst in einem grundsätzlichen Beschluss der Anschaffung eines Tanklöschfahrzeuges zustimme.

Der Zeitplan für die Beschaffung des Tanklöschfahrzeuges sehe folgendermaßen aus:

Herbst 2011: Grundsätzlicher Gemeinderatsbeschluss über den Ankauf;
Genehmigung durch den Bezirksfeuerwehrinspektor und
Ansuchen an den Landesfeuerwehrinspektor

Winter 2012:	Gespräche über mögliche Subventionen und Förderungen
Juni 2012:	Abschluss der Verhandlungen über Förderungen; Ausschreibung des Ankaufs
Oktober 2012:	Abgabetermin, Angebotseröffnung
November 2012:	Vergabebeschluss durch den Gemeinderat
Jänner 2014:	Auslieferung des Tanklöschfahrzeuges

Im Finanzausschuss – so Bgm. Gallop weiter – habe es grundsätzlich geheißen, dass die Anschaffung eines Tanklöschfahrzeuges notwendig sei, die Gemeinde müsse sich aber auch nach dem finanziellen Rahmen strecken.

Anschließend erhält Feuerwehrkommandant Bernhard Hasslwanger, der bei der Sitzung anwesend ist, Gelegenheit, die Sachlage aus der Sicht der Freiw. Feuerwehr darzulegen.

Kommandant Hasslwanger bedankt sich im Namen der Freiw. Feuerwehr bei Bgm. Gallop, dass das Thema Tanklöschfahrzeug so rasch angegangen worden sei, und informiert dann den Gemeinderat über die aktuelle Situation und den geplanten Modus für die Anschaffung des Tanklöschfahrzeuges.

GR Klöter fragt Kommandant Hasslwanger, ob das Tanklöschfahrzeug nicht auch mit einem Tankinhalt von 1.500 Litern das Auslangen finden könnte und ob es nicht möglich sei, mit einer anderen Gemeinde, die ein Tanklöschfahrzeug mit einem Fassungsvermögen von 3.000 bis 4.000 Litern habe, zusammenzuarbeiten. Das müsste doch günstiger kommen.

Kommandant Hasslwanger hält dem entgegen, er glaube nicht, dass sich in nächster Zeit Gemeinden für ein Tanklöschfahrzeug mit einem größeren Tank zusammenschließen werden. Der Nachteil sei, dass man sich dabei fragen müsse, welche Gemeinde den größeren Tankwagen kauft.

GR Schaber bemerkt, seiner Meinung nach sei die Tankgröße zweitrangig.

GV Mangweth möchte wissen, wer überhaupt vorschreibe, was das Tanklöschfahrzeug alles haben soll.

Kommandant Hasslwanger antwortet, das tue der Landesfeuerwehrverband. Nach Ansicht der Freiw. Feuerwehr brauche die Gemeinde im Prinzip nur ein Fahrzeug mit einer ähnlichen Ausrüstung wie das bisherige, keines mit einer besonders tollen Ausstattung.

Bgm. Gallop wirft ein, die Ausstattung des Tanklöschfahrzeuges werde sicher wieder im Finanzausschuss besprochen.

GR Ing. Schreter fragt, ob der Bezirksfeuerwehrinspektor als Sachverständiger fungiere.

Kommandant Hasslwanger gibt zur Antwort, das sei der Fall. Heute gehe es aber nur um den Grundsatzbeschluss für die Anschaffung eines Tanklöschfahrzeuges, über Details werde später geredet.

Beschluss: Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

- a) Dem Ankauf eines Tanklöschfahrzeuges für die Freiw. Feuerwehr Stams wird grundsätzlich zugestimmt.
- b) Art und Ausstattung des Tanklöschfahrzeuges sind mit dem Bezirksfeuerwehrinspektor festzulegen.
- c) Die Ausschreibung der Lieferung des Tanklöschfahrzeuges erfolgt durch die Gemeinde, wenn der Finanzierungsplan vorliegt.

Punkt 8: Wegarrondierung Staudach;
Änderung des Gemeinderatsbeschlusses vom 21. 10. 2010

Bgm. Gallop erklärt, die am 21. 10. 2010 beschlossene Übernahme der Wegparzelle 1830/3 in Staudach ins öffentliche Gut Wege werde nicht durchgeführt, weil Herr Pentscheff von der Fa. Atlas-Blumen einer Übernahme nicht zugestimmt habe.

Anschließend informiert Bgm. Gallop mittels einer Powerpoint-Präsentation über die Lage des betreffenden Grundstücks.

Beschluss: Der Gemeinderat beschließt einstimmig, den Beschluss vom 21. 10. 2010 aufzuheben, und folgende Grenzänderungen gemäß dem Vermessungsplan des Ingenieurkonsulenten DI Martin Guttner, GZ. 86/10A, vom 23. 10. 2010:

- a) die Zuschreibung des Trennstückes (1) zum Grundstück 1912 und die Widmung als öffentliches Gut Wege;
- b) die Abschreibung des Trennstückes (2) vom Grundstück 1912 (öffentliches Gut Wege) zum Grundstück 1828/3 und die Aufhebung der Widmung als öffentliches Gut Wege;
- c) die Vereinigung des Trennstückes (3) mit dem Grundstück 1829/4 und die Übernahme dieses Grundstückes in das Eigentum der Gemeinde Stams sowie die Widmung als öffentliches Gut Wege.

Bevor Bgm. Gallop in der Tagesordnung weiter geht, stellt er den Antrag, den nächsten Punkt unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu behandeln.

GV Mangweth meint dazu, er sehe keinen Grund für einen Ausschluss der Öffentlichkeit, die Gemeinde könne wohl bei einem gemeindeeigenen Gebäude sagen, wie hoch die zu bezahlende Miete sei.

Bgm. Gallop entgegnet, nach seinen Informationen müsse auch in diesem Fall die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden.

Beschluss: Der Gemeinderat beschließt einstimmig, den Punkt 9 unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu behandeln.

Punkt 9: Anpassung der Mieten im Lehrerhaus

Beschluss: Da der Punkt unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt wird, gibt es dazu eine eigene Niederschrift.

Punkt 10: Anträge, Anfragen, Allfälliges

a) GR Klöter erklärt, die Gemeinde Stams habe die Subvention für den Jugendclub Stams noch nicht überwiesen, während der Beitrag der Gemeinde Rietz bereits eingegangen sei.

Bgm. Gallop bemerkt dazu, er werde sich darum kümmern.

b) GR Klöter berichtet, die Autos der Fa. XXXLutz seien im Gewerbegebiet Hängebrücke, besonders aber in der Bahnunterführung, nach wie vor viel zu schnell unterwegs, manchmal sei die Situation direkt lebensgefährlich. Vielleicht könnte die Gemeinde baulich etwas tun, damit die Geschwindigkeit der Autos etwas eingebremst werden könnte. Auch in der Hptm.-Kluibenschedl-Straße seien die Autofahrer oft zu schnell unterwegs.

GV Mangweth ist dazu der Meinung, am ehesten könne die Gemeinde etwas gegen Raser erreichen, wenn die Geschwindigkeit öfter kontrolliert und Übertretungen rigoros bestraft würden. Darum sollte diesbezüglich die Polizei eingeschaltet werden.

GV Schweigl gibt zu bedenken, dass mit einem Gewerbegebiet immer Verkehr verbunden sei. Wenn man die Geschwindigkeit einschränken wolle, müsse man die Polizei einspannen.

Bgm. Gallop erklärt dazu, er habe bei der Fa. XXXLutz schon zweimal wegen der Einhaltung der Geschwindigkeit angerufen. Eine Weile sei es dann besser gewesen, dann seien wieder andere Fahrer gekommen, die sich nicht an die vorgeschriebene Geschwindigkeit gehalten hätten. Er werde aber der Sache nachgehen und die Polizei einschalten. Oft wäre es aber gut, wenn er gleich verständigt würde, sobald jemand mit einem Raser konfrontiert sei.

c) GR Paßler erklärt, im Punkt 10/a der Niederschrift über die Gemeinderatssitzung vom 27. 10. 2011 sollte von seiner Wortmeldung zur Beschaffung eines Tanklöschfahrzeuges für die Freiw. Feuerwehr Stams der Passus bezüglich Finanzierung komplett gestrichen werden.

d) GV Mangweth fragt, ob Bgm. Gallop wegen der Wegtrompete beim Karl-Mangweth-Weg schon mit den Grundbesitzern geredet habe.

Bgm. Gallop antwortet, bis jetzt habe er noch nicht mit den Grundbesitzern gesprochen. Seiner Meinung nach gebe es im Gemeindegebiet aber noch weitaus schlechtere Einfahrten.

e) GV Mangweth fragt, was die Gemeinde bezüglich der Gefahrenstellen in der Wirtsgasse, wie etwa der Ausfahrt aus dem Parkplatz der Orangerie, zu tun gedenke.

Bgm. Gallop gibt zur Antwort, er werde den Bauausschuss damit befassen.

f) GV Mangweth regt an, dass die Sträucher westlich des Zaunes des Stifts-Umkehrplatzes aus Sicherheitsgründen regelmäßig geschnitten werden sollten.

g) GV Mangweth erkundigt sich, was sich in Sachen Baugrund von Bruno Zoller in Schöneck getan habe.

Bgm. Gallop antwortet, jetzt sei auch die Bezirkshauptmannschaft damit befasst, und Frau Hoffmann habe sich vor Ort ein Bild gemacht. Wie es weitergehe, werde man von der Bezirkshauptmannschaft hören.

h) GV Schweigl erklärt, im Frühjahr sei einmal davon die Rede gewesen, dass in der Gemeinde eingespart werden sollte. Nun würde ihn interessieren, was sich in dieser Angelegenheit getan habe.

Bgm. Gallop erwidert, in der Gemeinde werde ständig überlegt, wo Mittel eingespart werden könnten. Auch im Planungsverband habe man darüber diskutiert.

i) GV Schweigl fragt, warum die öffentliche Gemeindeversammlung abgesagt worden sei.

Bgm. Gallop antwortet, es sei ja geplant gewesen, dass bei dieser öffentlichen Gemeindeversammlung die Alpenländische Heimstätte ihr Projekt auf den Madergründen vorstellt. Sie habe zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht alle Unterlagen beisammen gehabt. Auch für die Gemeinde wäre der geplante Termin zu stressig geworden. Darum sei die öffentliche Gemeindeversammlung auf das kommende Frühjahr verschoben worden.

Da keine weiteren Anfragen gestellt werden, schließt Bgm. Gallop um 22:05 Uhr die Gemeinderatssitzung.

Der Schriftführer: